

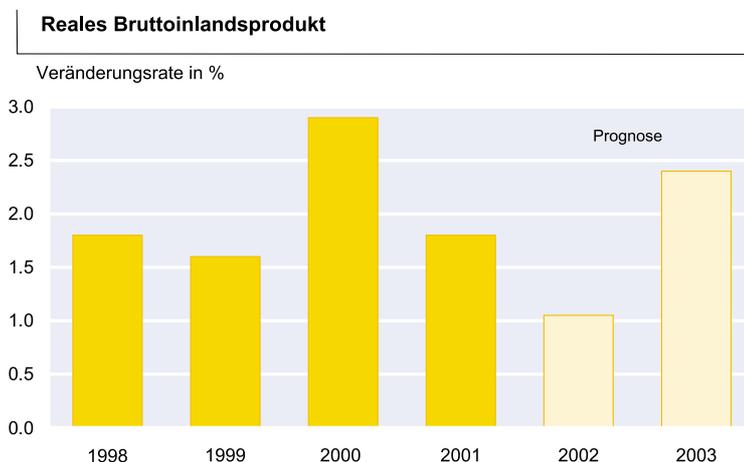
Sehr schwache Konjunktorentwicklung 2001, aber keine Rezession. Nur allmähliche Erholung von Nachfrage und Produktion 2002. Höheres Wirtschaftswachstum 2003. Heuer noch stimulierende Wirtschaftspolitik. Langsame Reformfortschritte. Nachlassender Preisauftrieb. Beschäftigungszunahme stockt vorübergehend. Leistungsbilanz bleibt annähernd ausgeglichen.

Das soziale und politische Umfeld ist seit den Parlamentswahlen vom Mai 2001 widersprüchlicher, aber insgesamt stabiler geworden. Das Kabinett Berlusconi sitzt so unangefochten im Sattel, wie schon lange keine Regierung mehr, und hat trotz verschiedener Fehlleistungen gute Aussichten, die Legislaturperiode durchzustehen, auch weil die parlamentarische Opposition zersplittert und zerstritten ist. Andererseits formierte sich in Gestalt der Gewerkschaften ein Gegenpart, dem eine seit Jahrzehnten nicht mehr zu beobachtende Mobilisierung der Straße gelang. Dies und der fehlende finanzielle Spielraum verhinderte bisher eine mehr als nur ansatzweise Erfüllung der sehr ambitionierten Wahlversprechen. Im ersten Halbjahr 2002 ging mit 22 Mill. Arbeitsstunden streikbedingt fast achtmal so viel Arbeitszeit verloren wie im ersten Semester 2001. Aber es sieht nur vordergründig so aus, als wäre Italien von der seit Mitte der neunziger Jahre erfolgreichen »Concertazione« zurückgekehrt zur »Conflittualità« der siebziger Jahre unseligen Angedenkens.

Das aus den Parlamentswahlen vom Mai 2001 in Abgeordnetenhaus und Senat – erstmals seit Jahrzehnten kann sich ein Ministerpräsident auf Mehrheiten in beiden Kammern stützen – als deutlicher Sieger hervorgegangene Parteienbündnis der rechten Mitte (»Casa delle Libertà« mit Ministerpräsident Berlusconi »Forza Italia« als tragender Kraft, ergänzt um die rechtsstehende Alleanza Nazionale, die kleinen christdemokratischen Parteien CCD und CDU sowie die unter EU-Beobachtung stehende europafeindliche, stark rechtslastige und separatistische Lega Nord) ist fest etabliert. Es dürfte bis zum Ende der Legislaturperiode 2006 durchhalten, zumal Berlusconi anders als 1994 parlamentarisch nicht auf die Lega Nord und ihren unberechenbaren Vorsitzenden Bossi angewiesen ist. Dies umso mehr, als die parlamentarische Opposi-

tion teilweise noch um programmatische und organisatorische Konsolidierung ringt und einer charismatischen Führerfigur ermangelt. Die Mitte Juni 2002 in Teilen des Landes erfolgten Provinzial- und Kommunalwahlen haben die Machtverhältnisse kaum verändert, obwohl der Regierung inzwischen zahlreiche Fehlleistungen unterliefen und der Premierminister sich mehr als Geschäftsmann denn als Staatsmann zu profilieren vermochte. Der bisherige Leistungsausweis der Regierung ist – gemessen an den Wahlversprechungen – eher dürftig.

Dort, wo Initiativen ergriffen wurden, stieß die Regierung vielfach auf Widerstand im außerparlamentarischen Raum. So legte im April 2002 der erste (auch politisch inspirierte) Generalstreik seit zwei Jahrzehnten und der umfassendste der Nachkriegszeit, das Land weitgehend lahm. Hierzu aufgerufen hatte das »Gewerkschaftskartell« bestehend aus den Verbänden CGIL, CISL und UIL, um gegen überfällige Änderungen des Arbeitsrechts zu protestieren. Unabhängig davon wurde das öffentliche Verkehrswesen bestreikt, Richter und Staatsanwälte traten in den Ausstand als Reaktion auf den



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

schleichenden Rechtszerfall infolge der gegen die Jurisdiktion eingesetzten politischen Macht des Premierministers usw. Allerdings gelang unlängst eine Spaltung der Gewerkschaften. Während gemäßigte Verbände, CISL und UIL, mit der Regierung jüngst einen weiteren Schritt zur Reform des Arbeitsmarktes aushandelten, bleibt der kommunistisch geprägte größte Verband CGIL auf Konfrontationskurs. Konkurrierende Gewerkschaftsverbände sind dem Arbeitsfrieden aber in der Regel abträglicher als geschlossen auftretende. Berlusconis Reformpläne führten jedoch auch im Unternehmerlager zum Disput. Seit vor zwei Jahren nicht ein Vertreter des etablierten »Industrieadels« zum Präsidenten des sehr einflussreichen, gut organisierten und etwa 110 000 Mitglieder umfassenden Unternehmer- und Arbeitgeberverbandes Confindustria gewählt wurde, sondern ein Repräsentant der Mittel- und Kleinunternehmen, bestehen innerhalb des Verbandes häufiger unterschiedliche Auffassungen, wie gegenüber den Gewerkschaften und der Regierung – deren zögerlicher Reformkurs heftig kritisiert wird – aufzutreten sei.

Wirtschaftspolitisch sind weiterhin kleine Reformschritte, aber kein Durchbruch beim Arbeitsrecht sowie beim Gesundheits- und Sozialversicherungswesen zu erwarten. Trotz des, im Gegensatz zum ersten Kabinett Berlusconi 1994, geschmeidigeren Umgangs mit den Gewerkschaften wird man mit häufigeren Arbeitskämpfen als in den letzten Jahren rechnen müssen. Auch bildet der Konflikt des Regierungschefs zwischen seinen weitgespannten Wirtschaftsinteressen und dem Staatsamt weiterhin eine brisante Komponente. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen kommt nur sehr zögerlich voran, auch weil die Regierung das Wirtschaftswachstum durch verstärkte öffentliche Investitionen stimulieren will und jede Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts begrüßt. Von einem neuen »Miracolo economico«, welches sich in staunenswerter Weise während der sechziger Jahre entfaltet und das man beim Regierungsantritt Berlusconis vielfach beschworen hatte, dürfte zumindest die laufende Legislaturperiode nicht gekrönt werden. Doch führt der Weg auch nicht zurück zur »Conflittualità«, sondern es bleibt grundsätzlich bei der »Concertazione«.

Wirtschaftsentwicklung 2001

Die weltwirtschaftlichen Rahmendaten stellten sich wie folgt dar: In den Vereinigten Staaten erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,2%. In Japan gingen Nachfrage und Produktion um 0,5% zurück. In Mitteleuropa expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 2,6%. In Westeuropa nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% zu; in der EU stieg es ebenso stark, während es im Euro-Raum um 1,6 und in Deutschland um 0,6% ausgeweitet wurde. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 24,40 US-Dollar pro Bar-

rel; das sind ungefähr 14% weniger als im Jahr davor. Industrierohstoffe (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Vorjahr auf Dollarbasis um rund 7%. Der Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,90 US-Dollar; 2000 waren es 0,92 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels hat gegenüber 2000 annähernd stagniert.

Die italienische Wirtschaft hat nach kräftiger Expansion im ersten Quartal während des Sommerhalbjahrs stagniert. Anschließend ist die gesamtwirtschaftliche Erzeugung geringfügig gesunken. Zu einer Rezession – zwei aufeinanderfolgende Quartale mit negativen Veränderungsraten des realen Bruttoinlandsprodukts – kam es nicht. Dabei hatte die Wirtschaftspolitik leicht anregend gewirkt; besonders der hohe Wechselkurs des US-Dollar verhinderte, dass die ausgeprägte Abkühlung der Weltkonjunktur zu einer schweren Exportrezession führte. Der Wahlsieg Berlusconis und die Bildung seiner Mitte-Rechts-Regierung, voreilig als reformpolitische Wende und Auftakt zu einem neuen »Miracolo economico« gefeiert, fand in der Entwicklung der Klimaindikatoren kaum Niederschlag. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich um 1,8%, wobei öffentlicher Verbrauch und Bruttoanlageinvestitionen überdurchschnittlich und privater Konsum sowie die Ausfuhren unterdurchschnittlich expandierten. Auf dem Arbeitsmarkt besserte sich die Lage verlangsamt. Der Preisauftrieb war deutlich. Die Leistungsbilanz wies einen geringen Überschuss aus.

Der Export von Gütern und Dienstleistungen nahm infolge der weltweiten Konjunkturlaute nur um 0,8% zu. Aber selbst diese geringe Rate ist auf den Überhang am Jahresanfang zurückzuführen. Denn im Sommer ist die Ausfuhr spürbar gesunken. Und wenn nicht der stark überbewertete US-Dollar stützend gewirkt hätte, wäre das Ergebnis noch schlechter ausgefallen. Günstig zu Buche schlug ferner die Tatsache, dass der Export von der globalen Krise im IT-Sektor so gut wie unberührt blieb, weil Italien auf diesem Gebiet kaum präsent ist. Andererseits blieben die Lieferungen hochpreislicher und hochqualitativer Konsumgüter deutlich im Aufwind. Das galt nicht nur für Westeuropa und die USA (Anteil am Warenexport 9,7%), sondern auch für das rezessionsgeplagte Japan. Der Absatz in Westeuropa, mit 58% der Warenausfuhr der weitaus wichtigste Exportmarkt, stockte konjunkturbedingt, wobei die preisliche Wettbewerbsfähigkeit annähernd gehalten werden konnte. Da der Import nur um 0,2% expandierte und die Terms of Trade deutlich günstiger wurden, errechnete sich für die Leistungsbilanz nach einem geringen Defizit im Jahre 2000 ein Aktivsaldo von 0,6% des BIP.

Die Bruttoanlageinvestitionen sind um 2,4% gestiegen. Dahinter steht trotz gesunkener Zinsen eine nach leichter Zunahme im ersten Quartal stagnierende Entwicklung. Stützend haben überraschenderweise die Bauinvestitionen gewirkt. Das gilt besonders für die kräftige Erholung beim Wohnungsneubau, der durch günstige Finanzierungsbedingun-

gen wesentlich stimuliert worden war. Der öffentlich Bau expandierte weiter zügig, angeregt durch zahlreiche neu in Angriff genommene Infrastrukturprojekte. Demgegenüber verlor der gewerbliche Bau an Schwung. Das Angebot an Büro- und sonstigen Geschäftsbauten zeigte sich ausreichend. Insgesamt retardierend erwies sich die bereits als Wahlversprechen angekündigte Neuauflage eines Investitionsförderungsprogramms (»Tremonti Bis«) für die Jahre 2001/2002. Wie üblich erfolgt hierauf gerade in Zeiten flauen Geschäftsgangs zunächst eine deutlich über das normale Maß hinausgehende Investitionszurückhaltung, die erst kurz vor dem Auslaufen der Begünstigung in einen ausgeprägten Nachfrageschub umschlägt. Der Attentismus war bei den Ausrüstungsinvestitionen stark ausgeprägt. Und dies umso mehr, als das Geschäftsklima laufend ungünstiger wurde, da sich Absatz- und Gewinnerwartungen (besonders ab September) weiter verschlechterten und die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie im Laufe des Jahres um fast 2 Prozentpunkte auf 77,9% sank.

Der **private Konsum** wurde um 1,1% ausgeweitet (nach 2,7% im Jahre 2000). Im Verlauf nahm er stetig, aber schleppend zu. Dämpfend wirkten die sinkenden Reallöhne infolge der stärker als erwartet gestiegenen Preise. Auch verbesserte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr so zügig wie bisher. Und schließlich drückten im zweiten Halbjahr die sehr unsicher gewordenen konjunkturellen Aussichten erheblich auf die Stimmung der Konsumenten. Die vorsichtiger Beurteilung der wirtschaftlichen Zukunft fand ihren Niederschlag auch in der gegenüber 2000 leicht auf 15,1% erhöhten Sparquote sowie in der zunehmenden Zurückhaltung beim Kauf dauerhafter Güter, obwohl der Boom beim Wohnungsneubau den Absatz von Einrichtungsgegenständen gestützt hat. Der **Staatsverbrauch** ist um 2,3% und damit stärker als im Jahre 2000 gestiegen – ein im Vorfeld wichtiger Wahlen häufiger Effekt.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage wiederum erheblich, wenn auch verlangsamt. Die Beschäftigung nahm um 1,6% zu – nach 1,9% im Jahre 2000 –, und die Arbeitslosigkeit ging weiter zurück. Ein Großteil der neu geschaffenen Stellen entfiel neuerlich auf Teilzeitarbeit. Auch hat der seit 1998 mögliche Abschluss flexibler Arbeitsverträge zum Beschäftigungsanstieg beigetragen. Der Beschäftigungszuwachs konzentrierte sich auf Bauwirtschaft und Dienstleistungssektor; Industrie und Landwirtschaft haben Stellen abgebaut. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Jahresdurchschnitt auf 9,5%. Es blieb bei den ausgeprägten regionalen Diskrepanzen. Während im Norden fast Vollbeschäftigung herrschte, betrug die Erwerbslosenquote im Mezzogiorno rund 19%.

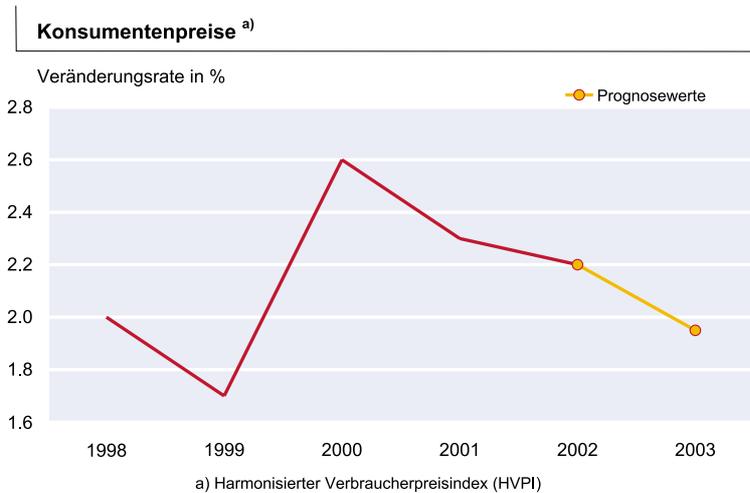
Die **Konsumentenpreise** sind bis Mitte des Jahres kräftig gestiegen, bedingt durch den höheren Dollarkurs, witterungsbedingt erheblich verteuerte Nahrungsmittel und anziehende

Energiepreise. Auch die BSE- und MKS-Krisen wirkten inflationär. Um die Jahresmitte herrschte annähernd Preisstabilität. Im Herbst verteuerte sich die Lebenshaltung jedoch wieder, wobei die im Vorfeld der Eurobargeldeinführung am 1. Januar 2002 vielfach vorgenommenen Preisänderungen eine wichtige Rolle gespielt haben dürften. Die Verbraucherpreise lagen um 2,3% über dem Niveau des Jahres 2000. Zum Preisauftrieb trugen auch Anhebungen administrierter Preise und Gebühren durch Provinzen und Kommunen bei.

Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik stellt auf mittlere und längere Sicht nach wie vor auf einen Strukturwandel der italienischen Volkswirtschaft bei kräftigem Wirtschaftswachstum ab. Das kürzlich vorgestellte **wirtschaftspolitische Konzept für die nächsten drei Jahre** beinhaltet: Steuerreform mit Verringerung der steuerlichen Belastung sowie einer Reduktion der Steuersätze auf nur noch zwei (22% und 33%), die Verringerung der Steuer- und Abgabeformen von derzeit 100 auf fünf, Wirtschaftshilfe für den Mezzogiorno sowie den Kampf gegen die Schwarzarbeit. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist von relativ untergeordnetem Interesse – vielmehr scheint der Regierung im Schulterschluss mit Frankreich an einer Aufweicheung des Stabilitäts- und Wachstumspakts gelegen. Im Laufe der Legislaturperiode sollen 1,5 Mill. neue Arbeitsplätze geschaffen, das Arbeitsrecht flexibilisiert, Erbschafts- und Schenkungssteuer abgeschafft, Maßnahmen zum wenigstens teilweisen »Aufschwimmen« der auf knapp 20% des Produktionsvolumens geschätzten »Economia sommersa« ergriffen, die Sozialversicherung saniert und die Privatisierung der Staatsunternehmen weitergeführt werden. Deregulierungen (z.B. beim Gesellschaftsrecht) und Liberalisierungen sind in großem Umfang vorgesehen. Sukzessive in Angriff genommen werden die im »Piano decennale per le grandi opere« vorgesehenen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, verbunden mit der einer effizienteren und zügigeren Planung und Ausführung dienenden »Legge obbiettiva«. Die für 2002 versprochene Senkung der Einkommensteuer wurde auf 2003 verschoben.

Auf **kurze Sicht** wird die Konjunktur von der Wirtschaftspolitik zunächst weiter spürbare, bald aber schon keine Impulse mehr erhalten. Heuer stimuliert die Geldpolitik deutlich, und von der Finanzpolitik dürften leichte Anregungen ausgehen. Die retardierenden Wirkungen der kräftigen Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar machen sich beim Export im späteren Verlauf des zweiten Halbjahrs 2002 zunehmend, aber erst 2003 voll bemerkbar. Solange der Dollar gegenüber dem Euro nicht auf ein Niveau von 1,10 bis 1,15 fällt, halten sich die dämpfenden Auswirkungen per saldo jedoch in engen Grenzen. Allerdings wird die Geldpolitik 2003 zunächst kaum noch und im weiteren Verlauf des Jahres gar nicht mehr anregend wirken, und die Fi-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

nanzpolitik dürfte annähernd konjunkturneutral ausgerichtet sein. Die »Legge Tremonti Bis« wird im Winterhalbjahr 2002/2003 einen die Investitionskonjunktur verzerrenden Investitionsschub auslösen.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zielt weiter auf Preisstabilität ab. Sie stimuliert die Konjunktur im laufenden Jahr spürbar. 2003 dürfte sie zunächst etwa konjunkturneutral, im späteren Verlauf jedoch leicht restriktiv wirken. Bereits im Mai 2001 hatte die EZB ihren zuvor restriktiven monetären Kurs gelockert, obwohl der Preisschub noch nicht ausgelaufen war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße dienende Geldmenge M3 deutlich über dem Zielwert lag. Nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA wurde die geldpolitische Lockerung im Schulterschluss mit anderen Zentralbanken fortgesetzt. Insgesamt hat die EZB ihren Schlüsselzins in vier Schritten um insgesamt 1,5 Prozentpunkte auf zuletzt (November 2001) 3,25% gesenkt. Die hieraus resultierenden konjunkturstimulierenden Wirkungen werden sich erst heuer voll entfalten. Mit Blick auf den jetzt 1,75% betragenden Leitzins in den USA und den nur sehr zögernd beginnenden Aufschwung in Westeuropa wird auch jetzt noch verschiedentlich Spielraum für einen kleinen weiteren Zinsschritt nach unten gesehen. Zwar sind die Konsumentenpreise zuletzt (Mai 2002) im Vorjahresvergleich nur mehr um 1,7% gestiegen und die als Referenzwert für die Inflationserwartungen geltende Rendite der indexierten zehnjährigen französischen Staatsanleihen deutet auf eine Teuerungsrate von lediglich 1,5% p.a. hin. Aber die Kerninflationsrate liegt nach wie vor über 2%, und die Aussichten auf eine rasche Abschwächung derselben sind gering. Die Teuerungsrate (HVPI) dürfte im Euro-Raum heuer etwas über dem mittelfristig angestrebten Ziel der EZB von unter 2% p.a. liegen, da ab Juli Basiseffekte entfallen; im Durchschnitt der ersten fünf Monate 2002 sind die Verbraucherpreise um 2,4% gestiegen. Damit würde das Inflationsziel nun zum dritten aufein-

anderfolgenden Mal verfehlt, womit allmählich ein Glaubwürdigkeitsproblem für die Zentralbank entsteht; diese hat denn auch erst kürzlich wieder vor Inflationsgefahren gewarnt. Auch steigt die Geldmenge M3 immer noch erheblich stärker als vorgesehen. Mit zuletzt (Juni) 7,1% liegt die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich nach wie vor weit über dem – auch für 2003 vorgegebenen – jahresdurchschnittlichen Ziel von 4,5%. Liquidität zur Finanzierung des Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Weitere Zinssenkungen sind damit unwahrscheinlich geworden. Spätestens um die Jahreswende 2002/2003 ist daher bei in Gang gekommener Konjunktur die beginnende Straffung der monetären Zügel wahrscheinlich. Die dürfte jedoch im Hinblick auf die weitere Festigung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar vorsichtig erfolgen; sollte es sogar zu einer ausgeprägten Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro kommen, wäre allerdings auch eine Zinssenkung denkbar. Die aus dem geldpolitischen Schwenk resultierenden bremsenden Wirkungen auf die Konjunktur wären kaum vor dem Sommer nächsten Jahres zu erwarten. Schon früher macht sich hingegen die Aufwertung des Euro bemerkbar. Die EZB führte bis jetzt in ihren monatlich wechselnden Begründungen für die ständigen Verfehlungen des Geldmengenziels stets Sonderfaktoren an und reagierte verschiedentlich mit kleinen Neudefinitionen von M3. Auf diese Weise ist das Vertrauen in den Euro jedoch nicht zu festigen. Und es drängt sich die Änderung des monetären Referenzwertes, so man an einem solchen festhalten will, auf. Die Euro-Bargeldeinführung geriet zum Chaos, da die Bankangestellten Anfang des Jahres für höhere Gehälter, aber auch gegen den umstellungsbedingten Stress infolge unzureichender Vorbereitungen streikten. Im Vergleich zu anderen Ländern des Euro-Raumes verlief die Umstellung langsam und von mancherlei Irritationen begleitet. Das galt nicht nur für den Noten- und Münzenumtausch. Auch erwies sich die bis Ende Februar 2002 laufende Übergangsperiode, während derer Lira und Euro als Parallelwährungen gültig waren, als zu lang; die kurze deutsche Transformationsfrist bewährte sich besser. Obwohl die Behörden verschiedentlich Kontrollen durchführten, wurde die umstellungsbedingte Phase der Intransparenz doch vielfach – so vor allem im Gastgewerbe und in anderen Dienstleistungsbereichen – zu deutlichen Preiserhöhungen genutzt. Der ausgeprägten Popularität des Euro bei der Bevölkerung hat das alles nicht geschadet, was mit Blick auf die inflations- und abwertungsgeprägte Vergangenheit der Lira verständlich ist. Auch die Europa-Begeisterung hat – im Gegensatz zur Regierung – kaum nachgelassen; auch befürworten Umfragen zufolge 70% der Bürger eine Umwandlung der EU in eine Europäische Föderation.

Die Finanzpolitik wird die Konjunktur 2002 stützen, dafür aber die gesetzten Konsolidierungsziele verfehlen. 2003 wird sie etwa konjunkturneutral ausgerichtet sein. Der Staatshaushalt 2002 – er unterscheidet sich kaum von den Etats der Vorgängerregierungen, indem pragmatisch Finanzierungslücken gestopft, die großen drängenden Probleme jedoch kaum angepackt werden – verfolgt keineswegs einen harten Sparkurs und basiert auf unrealistischen Annahmen über das Wirtschaftswachstum. Da außerdem weder von nennenswerten Abstrichen bei den Ausgabenansätzen noch von spürbaren Steuer- und Abgabenerhöhungen die Rede ist, dürfte der Fehlbetrag mit ca. 1 1/2% des Bruttoinlandsprodukts dreimal so hoch ausfallen, als mit der EU im Stabilisierungsprogramm abgesprochen. Für 2003 wurde kürzlich im Akkord mit der EU nur noch ein »nahezu ausgeglichener Haushalt« budgetiert, wovon sich die Regierung 6 bis 7 Mrd. € zusätzlichen Spielraum für den Etat 2003 verspricht, der neuerlich etwa konjunkturneutral ausfallen dürfte, auch weil Einkommen- und Unternehmenssteuern um etwa 6 Mrd. € gesenkt werden. Außerdem wird ein Teil der 21 neuen großen öffentlichen Infrastrukturprojekte im Umfang von 22,5 Mrd. € in Angriff genommen. Im April war ein **Mini-Sparpaket** verabschiedet worden, welches vor allem eine Reduzierung der Ausgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes für Pharmazeutika beinhaltete sowie den Fortfall von Steuererleichterungen des Bankensektors bei Restrukturierungen und Fusionen. Aus der forcierten Veräußerung des auf rund 50 Mrd. € taxierten staatlichen Immobilienbesitzes und forcierten Privatisierungen soll mehr Geld Erlöst werden. Andererseits entstehen ungeplante Einnahmeausfälle durch die **Senkung der Kfz-Steuer** von 350 auf 50 € ab Mitte 2002 für ein Jahr zur Linderung der Absatzkrise bei Automobilen. Auch ist die Lohn-erhöhung für die Staatsangestellten mit 5,6% für die Jahre 2002/2003 großzügiger ausgefallen als vorgesehen. Und zur Rettung der angeschlagenen Fluglinie Alitalia muss neuerlich und ungeplant eine erhebliche Summe aufgewendet werden. Erfolgreich auch im Sinne des Haushaltsvollzugs 2002 verlief hingegen die **Fluchtgeldamnestie** (lief Mitte Mai 2002 nach sechseinhalb Monaten aus) für die »Regularisierung« illegal ausgeführter Kapitalien. Mit reichlich 56 Mrd. €, auf die eine Abgabe von 2,5% fällig wurde, ist mehr Kapital legalisiert und größtenteils auch repatriert worden als erwartet; es ging vorwiegend in den Immobiliensektor. Die Banca d'Italia schätzt, dass noch Fluchtkapital in einer Größenordnung von 450 Mrd. € im Ausland ist. Der Erfolg wäre wahrscheinlich größer gewesen, wenn die Amnestie durch einen mäßigen Steuersatz auf Kapitalerträge flankiert worden wäre, wie ihn beispielsweise Belgien und Österreich kennen.

Die Annahmen bezüglich des Finanzierungsdefizits im Jahre 2001 wurden kürzlich ebenso obsolet wie die weiteren Konsolidierungspläne. Denn das Statistische Amt der EU (EUROSTAT) hat kürzlich das Budget 2001 auf EU-Kompatibilität geprüft und für fehlerhaft befunden. Der Staat hatte 2001 künftige Einnahmen aus der Staatslotterie so-

wie Erlöse aus künftigen Immobilienverkäufen an eine externe Gesellschaft abgetreten. Die hierbei angefallenen Erlöse wurden als Einnahmen in den Haushalt eingestellt. EUROSTAT verlangt aber stattdessen eine Verbuchung als Verschuldung. Dadurch muss das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand auf 2,2% des Bruttoinlandsprodukts nach oben korrigiert werden. Die Staatsverschuldung steigt in Relation zum BIP – auf 109,8%. Nachdem die Regierung zudem ihre Schätzung für das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr auf 1,3 bis 1,4% erheblich zurückgenommen hat (aber für 2003 unverdrossen mit 2,8 bis 2,9% rechnet), strebt sie nun für 2002 ein Finanzierungsdefizit von 1,3 bis 1,4% des BIP an. Diese Abweichung vom Konsolidierungspfad dürfte zu einer **Abmahnung aus Brüssel** führen. Entsprechend dem unlängst vorgelegten »Documento di programmazione economica e finanziaria« (DPEF) plant man Fehlbeträge von 0,8% des BIP 2003 und 0,5% 2004. Statt 2003 soll erst 2005 der Haushaltsausgleich erreicht werden. Vorher wird auch die öffentliche Verschuldung nicht unter 100% des BIP sinken.

Zur Ankurbelung der Konjunktur war im Herbst 2001 ein Gesetz »**Tremonti Bis**« verabschiedet worden, benannt nach dem Wirtschafts- und Finanzminister, der in ähnlicher Funktion bereits 1994 eine derartige Stimulierungsaktion gestartet hatte. Mit Wirkung bis Ende 2002 sieht es die Steuerbefreiung von Unternehmensgewinnen in Höhe von 50% des Betrages der Investitionen vor, der über den durchschnittlichen Investitionen der Jahre 1996 bis 2000 liegt. In Abweichung zur ersten »**Legge Tremonti**« können nicht nur Industrie- und Handelsbetriebe, sondern auch Banken, Versicherungen und Freiberufler von dieser steuersparenden Methode Gebrauch machen. Auch in sachlicher Hinsicht wurde das Spektrum erweitert. Neben der Anschaffung von neuen materiellen und immateriellen Anlagegütern einschließlich gewerblich genutzter Immobilien (incl. Leasing), sind die Erweiterung und Modernisierung von Anlagen sowie Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung der Belegschaft abzugsfähig. Die 1995/96 gemachten Erfahrungen zeigen, dass die Unternehmen mit dem Gros der Investitionen bis kurz vor Fristablauf warten mit der Folge, dass wegen Auftragstau auch noch die im darauf folgenden Frühjahr getätigte Investitionen als abzugsfähig anerkannt werden müssen. Dem kurzen Investitionsschub ging eine Phase stärkerer Zurückhaltung voraus. Im Jahr darauf sank die Investitionsneigung bald wieder, weil sehr viele Investitionen vorgezogen worden waren. Ein derartiger Effekt ist auch 2002/2003 zu erwarten. Per saldo wird also kaum etwas gewonnen, wie das auch bei staatlichen Maßnahmen zu Ankurbelung des Automobilabsatzes der Fall war.

Die Einkommenspolitik hat Anfang 2002 keine überzeugende Vorgabe geleistet. Den Staatsangestellten wurde für die Jahre 2002/2003 eine Aufbesserung der Bezüge um ins-

gesamt 5,6% (zuzüglich teilweiser Abgeltung der höher als »programmierten« Inflation) zugestanden, mit Signalwirkung auch für andere Branchen. Die Gewerkschaften hatten 6% gefordert. Auf diese Weise wollte man einen für Mitte Februar geplanten Generalstreik der öffentlich Bediensteten abwenden und die großen Gewerkschaftsverbände mit Blick auf die geplante Lockerung des Kündigungsschutzes milde stimmen. Die Einführung des Eurobargelds zum 1. Januar 2002 wurde stabilitätspolitisch nicht nennenswert abgesichert.

Die von den vorangegangenen Regierungen im Wege des Kompromisses (»Concertazione«) in kleinen Schritten (u.a. »Pacto Treu«) voran gebrachte **Arbeitsmarktreform** glaubte man Anfang 2002 auch ohne Konsens massiv voranzubringen. Vor allem der rigide, im Artikel 18 des Arbeiterstatuts von 1970 verbriefte Kündigungsschutz in Unternehmen mit mehr als 15 Arbeitnehmern sollte gelockert werden. Hier auf reagierten die Gewerkschaften mit einem erfolgreichen Generalstreik. Grundsätzlich sind die großen Gewerkschaftsverbände überfälligen Reformen gegenüber aufgeschlossen. Ihr Widerstand richtete sich denn auch in erster Linie gegen das einseitige Vorgehen der Regierung unter Berufung auf die Vorbilder Thatcher und Reagan. Im Juli unterzeichneten Regierung, CISL und UIL in Fortsetzung der »Concertazione« einen »Pakt für Italien – ein Vertrag für die Arbeit«; die CGIL machte nicht mit, was in diesem Falle auf eine Spaltung des Gewerkschaftskartells hinausläuft. Probeweise wird für drei Jahre der Kündigungsschutz nur in jenen Fällen gemildert, in denen mit der Einstellung neuer Mitarbeiter der Personalbestand über 15 Arbeitnehmer steigt. Gleichzeitig wird die Leistung der Arbeitslosenversicherung von sechs auf zwölf Monate verlängert (Zusatzkosten ca. 700 Mill. € p.a.), verbunden mit einer Ausbildungs- und Umschulungspflicht. Ferner beginnen ab 2003 Steuersenkungen; sie betreffen Unternehmen (Regionalsteuer IRAP, Körperschaftsteuersenkung von 36 auf 34% bis 2006) sowie Einkommen bis 25 000 € pro Jahr (Steuerausfall etwa 6 Mrd. € p.a.) Und schließlich wurde eine forcierte Förderung des Mezzogiorno vereinbart. Es ist zu erwarten, dass die Reformpolitik der kleinen Schritte auch in den kommenden Jahren fortgesetzt wird, der große Wurf aber ausbleibt.

Die seit 1994 laufende **Reform der Sozialversicherung** wird nun energischer voran getrieben. Denn die Zeit drängt. Die Kosten belaufen sich schon auf 13,8% des Bruttoinlandsprodukts – 3,4 Prozentpunkte mehr als der EU-Durchschnitt – mit weiter steigender Tendenz. Eine Mixtur aus Aufhebung der Altersobergrenze für den Renteneintritt, steuerlichen Anreizen bei Weiterbeschäftigung und einer Stärkung der privaten Altersvorsorge soll Entlastung schaffen. Die von den Arbeitgebern gebildeten Rückstellungen (billiges Betriebskapital!) für die beim Ausscheiden der Arbeitnehmer zu zahlende Abfindung von einem Monatsgehalt pro Arbeitsjahr

soll zu mindestens 70% in rentierliche Spezialfonds überführt werden. Dem ungenügend entwickelten italienischen Kapitalmarkt würden hierdurch zwar etwa 10 Mrd. € jährlich zufließen. Diese käme indes hauptsächlich den größeren Unternehmen zugute, während von der bisherigen Lösung alle Unternehmen profitieren, weshalb diese vor allem mit Blick auf die vielen sehr leistungsfähigen Klein- und Mittelbetriebe vorzuziehen ist. Allerdings stößt die Idee angesichts der ausgeprägten Baisse der Aktienkurse und das durch verschiedene Skandale bei ausländischen Großunternehmen angeschlagene Vertrauen in das Management ohnehin auf zunehmende Skepsis.

Ordnungspolitisch bedeutsam ist die Absicht der Regierung, den Einfluss der öffentlichen **Bank- und Sparkassenstiftungen** erheblich einzuschränken. Die unternehmerische Leitung von Stiftung und Finanzinstitut soll getrennt werden. Bemerkenswert ist auch das Mitte 2002 erfolgte Eingreifen zugunsten des von einer schweren Absatzkrise gebeutelten **Automobilproduzenten FIAT**, vorerst nur durch die deutliche Senkungen der Kfz-Steuer für zwölf Monate.

Nach fast eineinhalbjährigem Stillstand kommen die **Privatisierungen** von öffentlichen Unternehmen wieder in Gang, bedingt durch die angespannte staatliche Finanzlage; die mittelfristige Finanzplanung sieht bis Ende 2003 20 Mrd. € an Einnahmen vor. Von 1993 bis 2001 waren auf diese Weise reichlich 120 Mrd. € Erlöst worden – ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Allerdings gab der Staat nur in etwa einem Drittel der Fälle die Unternehmenskontrolle aus der Hand. Diese will man auch bei weiteren Teilprivatisierungen möglichst behalten. Hierzu bieten sich u.a. das Werftunternehmen Fincantieri, die Fährreederei Tirrenia, der Energieerzeuger ENEL, der Mineralölkonzern ENI, sowie die allerdings notorisch defizitäre Fluggesellschaft Alitalia an. So schnell wie möglich soll die Restbeteiligung u.a. an Telecom Italia veräußert werden. Voll in Staatsbesitz befinden sich noch die Staatsbahnen, die Tabakregie, die Post etc. – insgesamt kontrolliert der Staat noch 21 Großkonzerne.

Nicht nur für den in Norditalien von erheblichen Knappheitserscheinungen geprägten Arbeitsmarkt ist die **Erstschwerung der Einwanderung** (wie sie kürzlich u.a. auch von Dänemark, den Niederlanden, Portugal und Spanien vorgenommen wurde) bedeutsam. Denn dadurch wird der Mangel an un- oder angelernten, zu niedrigen Löhnen arbeitenden Immigranten noch fühlbarer. Eine nur noch zwei statt früher vier Jahre gültige Aufenthaltserlaubnis erhält jetzt nur, wer einen Arbeitsvertrag hat. Auch wird befürchtet, dass hierdurch illegale Einwanderung und Beschäftigung, die bei der Bevölkerung zunehmend auf Ablehnung stoßen, weiter zunehmen. Besonders der Mangel an Kräften zur häuslichen Pflege, die meist aus Nicht-EU-Ländern kommen, droht sich zu verschärfen.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 2¹/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um etwa 1¹/₂% zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 2¹/₂%. In Westeuropa, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 1%; in Deutschland beträgt die Zunahme knapp 3¹/₄%. Der Importpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) sinken gegenüber 2001 um rund 3%. Der Wechselkurs des Euro liegt im Mittel des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1, US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 2³/₄% ausgeweitet werden.

In Italien kam die Konjunktur bisher nur sehr schleppend in Fahrt, worauf auch die Klimaindikatoren hindeuten. Vorläufigen Berechnungen zufolge expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung im ersten Quartal gegenüber dem vierten Quartal 2001 um 0,2%. Stimuliert durch die Ausfuhr sowie die heuer voll anregend wirkende Geld- und die leicht stützende Finanzpolitik dürften Nachfrage und Produktion im zweiten Halbjahr beschleunigt steigen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte gleichwohl nur um etwa 1% ausgeweitet werden, auch weil zu Beginn des Jahres kein Überhang besteht. Die kräftigsten Impulse kommen im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung von der Ausfuhr. Bei den Bruttoanlageinvestitionen ist, wie 1995/96 und auch jetzt wieder ausgelöst durch ein Programm zur Investitionsstimulierung, mit einer starken Beschleunigung ab Spätsommer zu rechnen, nachdem die Entwicklung bis dahin äußerst verhalten verlaufen dürfte. Der private Konsum gewinnt mit der sich langsam verbessernden Lage auf dem Arbeitsmarkt an Dynamik, wird aber insgesamt nicht nennenswert stärker expandieren als 2001. Der Staatsverbrauch nimmt leicht verlangsamt zu. Nach verhaltenem Preisauftrieb im Frühjahr flaut die Teuerung ab, auch weil die Importpreise stabilisierend wirken. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Situation ab Herbst wieder, doch wird die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt etwa jener von 2001 entsprechen. Die Leistungsbilanz weist einen leicht positiven Saldo aus.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen kommt erst nach verhaltenem Beginn zunehmend in Schwung, stimuliert von der weltwirtschaftlichen Erholung. Da außerdem am Jahresanfang ein spürbarer Unterhang bestand, dürfte das Exportwachstum nur knapp 1% erreichen. Die internationale Flaute im IT-Sektor wirkt nicht retardierend, da diesbezüglich kaum Kompetenzen aufgebaut wurden. Auch bevorzugt europäische Touristen näher gelegene Urlaubs-

ziele, wovon der italienische Fremdenverkehr ebenso gewinnt wie vom angeschlagenen Image Mallorcas. Die über Jahre hinweg gut gelaufenen Lieferungen hochpreislicher und hochqualitativer Konsumgüter, bei denen Italien nach wie vor zu den Weltmarktführern zählt, verlieren hingegen an Schwung. Zudem krankt der Automobilabsatz an einer Modellkrise bei FIAT. Und der Maschinenbauexport – hier zählt Italien ebenfalls zu den Weltmarktführern – kommt erst im späteren Verlauf des Jahres mit dem allmählichen Anspringen des Investitionszyklus in Fahrt. Zunächst profitierte die Ausfuhr besonders vom Aufschwung in den USA und dem immer noch günstigen Dollarkurs; die deutliche Höherbewertung des Euro wirkt erst ab Herbst leicht bremsend. Die Nachfrage aus Westeuropa erholt sich zunehmend. Überdurchschnittlich rasch steigt weiterhin die Nachfrage aus Mittel- und Osteuropa. Bei etwas rascher als die Ausfuhr expandierendem Import aber günstigeren Terms of Trade wird die Leistungsbilanz einen geringen Aktivsaldo verzeichnen.

Die Bruttoanlageinvestitionen entwickeln sich infolge der »Legge Tremonti Bis« irregulär. Zunächst dürfte sich die Investitionsflaute fortsetzen. Hierauf lassen auch die jüngsten Resultate des von ISAE erhobenen Investitionstests schließen. Die Investoren halten sich trotz weiterhin niedriger Zinsen bisher noch zurück, weil die Konjunkturerholung in den USA bzw. der Weltwirtschaft vielfach als wenig gefestigt beurteilt wird, die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie weiter gesunken ist und zuletzt etwa dem Schnitt der neunziger Jahre entsprach, und der Verfall der Aktienkurse Kapitalerhöhungen verhinderte. Ab dem Spätsommer wird jedoch die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern und Bauleistungen rasch zunehmen, weil Ende 2002 die von der »Legge Tremonti Bis« gewährten steuerlichen Investitionsvergünstigungen auslaufen. Dadurch wird die von der konjunkturellen Besserung her angelegte Investitionsbelegung weit nach oben verzerrt. Da der künstliche und kurze Investitionsboom erst spät und nach mehr als halbjähriger Flaute einsetzt und zu Jahresanfang kein Überhang besteht, dürften die Bruttoanlageinvestitionen lediglich um etwa 1% ausgeweitet werden. Dies trotz der Weiterführung laufender und der Inangriffnahme neuer großer Infrastrukturprojekte durch die öffentliche Hand. Da die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie nur knapp dem langjährigen Mittel entspricht, werden Rationalisierung und Ersatz die Schwerpunkte bei den Ausrüstungsinvestitionen bilden, auch um durch gesteigerte Produktivität die Zunahme der Lohnkosten zumindest teilweise auszugleichen, wozu auch die aufwertungsbedingte Importverbilligung beiträgt.

Der private Konsum nahm während der ersten Jahreshälfte – hierauf lässt das auf der Basis von Verbraucherbefragungen ermittelte Konsumklima schließen – nur verhalten zu. Im zweiten Semester ist indes als Folge der allgemeinen Stimmungsbesserung in der Wirtschaft eine spürbare

Erholung wahrscheinlich. Stützend wirken die wieder steigenden Reallöhne, erhöhte steuerliche Kinderfreibeträge, deutlich erhöhte Mindestrenten, die allmähliche Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und die langsam fallende Sparquote. Demgegenüber gibt die auf zwölf Monate terminierte Senkung der Kfz-Steuer dem Automobilabsatz nicht den entscheidenden Impuls, und bei etwas langsamer als 2001 expandierendem Wohnungsbau ist die Erholung beim Absatz von Einrichtungsgegenständen verhalten. Der Verfall der Aktienkurse ist für die Konsumententwicklung kaum relevant, da erst wenige Haushalte über Aktien verfügen. 2001 dürfte der private Konsum um rund 1% ausgeweitet werden. Der Staatsverbrauch nimmt, nur leicht gebremst, etwas stärker zu.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt – Nachläufer der Konjunktur – bessert sich erst wieder im späteren Verlauf des Jahres spürbar. Die günstigere Entwicklung ist wieder überwiegend auf den Anstieg der Teilzeitstellen zurückzuführen. Im Jahresmittel ist mit einer Zunahme der Beschäftigung um rund 1% sowie mit einer Arbeitslosenquote von knapp 9 1/2% zu rechnen.

Die Verbraucherpreise sind im bisherigen Verlauf des Jahres insgesamt moderat gestiegen, auch wenn zunächst Dienstleistungsunternehmen vielfach die Euro-Bargeldeinführung zu kräftigen Preisaufschlägen nutzten und Saisonnahrungsmittel witterungsbedingt erheblich teurer wurden. Da sich die Einfuhr mit dem kräftig aufgewerteten Euro verbilligt und die konjunkturelle Erholung zunächst mäßig vorankommt, dürfte sich die Lebenshaltung bis in den Herbst hinein nur wenig verteuern. Hierauf deutet auch die Entwicklung der fast stabilen Erzeugerpreise hin. Dies, obwohl Kommunen und Provinzen weiter administrierte Preise und Gebühren verschiedentlich kräftig heraufsetzen. Auch verhindert der vor allem im Dienstleistungsbereich noch recht

unvollkommene Wettbewerb eine rasche Preisstabilisierung. Die Konsumentenpreise dürften um fast 2 1/4% über dem Niveau von 2001 liegen; im Schnitt des ersten Halbjahrs 2002 liegen sie um 2,4% über dem Stand der vorjährigen Vergleichsperiode.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 3%. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um etwa 1 1/4% zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3 1/2%. In Westeuropa, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2 1/2%; in Deutschland beträgt die Zunahme ca. 2 1/4%. Der Importpreis für Rohöl beträgt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2002. Der Wechselkurs des Euro liegt im Mittel des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 7% ausgeweitet werden.

In Italien dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 2 1/2% zunehmen. Hinter dieser, über dem langfristigen Durchschnitt liegenden Rate steht jedoch eine allmähliche konjunkturelle Verlangsamung im Verlauf des Jahres, bedingt durch die dann insgesamt konjunkturneutrale Wirtschaftspolitik sowie die nachlassende weltwirtschaftliche Dynamik. Die höchste Expansionsrate wird gleichwohl die Ausfuhr aufweisen. Auch die Bruttoanlageinvestitionen steigen kräftig; allerdings wird der durch »Tremonti Bis« ausgelöste Investitionsschub im Sommerhalbjahr aufgrund der vielfältigen Vorzieheffekte stark abflauen. Der private Konsum stützt die Konjunktur deutlich, auch weil die Beschäftigung spürbar ausgeweitet wird. Der Preis-

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2001	2002 ^{a)}				2003 ^{a)}			
		ISAE ^{b)}	PR ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}	ISAE ^{b)}	PR ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}
Bruttoinlandsprodukt	1,8	1,2	0,9	1,4	1,5	2,8	2,3	2,7	2,8
Inlandsnachfrage	1,6	n.a.	1,1	2,0	1,3	n.a.	2,6	2,7	2,6
Privater Verbrauch	1,1	1,0	0,6	1,7	1,4	2,7	2,5	2,3	2,5
Staatsverbrauch	2,3	1,3	0,9	1,1	1,1	0,6	0,8	1,0	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	2,4	1,3	2,2	2,8	1,5	5,0	3,9	4,9	4,4
Exporte ^{f)}	0,8	0,8	-0,6	2,6	2,3	6,7	5,4	6,9	7,2
Importe ^{f)}	0,2	1,8	0,3	4,8	1,8	7,8	6,9	7,1	6,9
Industrieproduktion (ohne Bau)	-1,2	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,3	2,3	2,3	2,2	2,3	1,8	1,7	2,0	1,9
Arbeitslosenquote	9,5	9,1	9,3	9,5	9,1	8,5	8,8	8,9	9,0
Leistungsbilanz ^{g)}	0,1	n.a.	0,0	0,3	0,3	n.a.	-0,4	0,4	0,4
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	-2,2	-1,4	-1,4	-1,3	-1,4	-0,8	-1,2	-1,3	-1,3

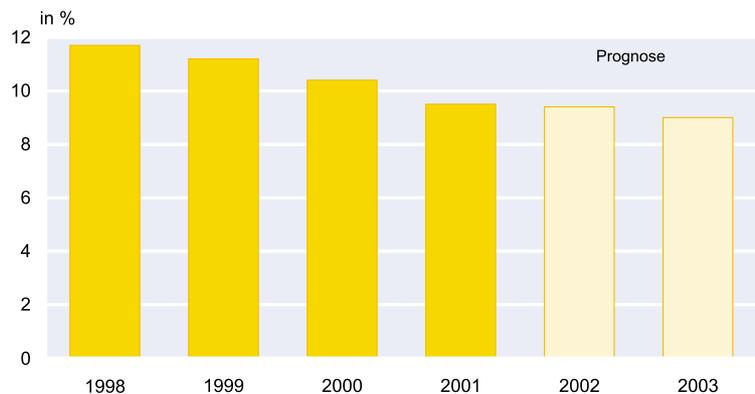
^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Istituto di Studi e Analisi Economica, Rom, vom Juli 2002. – ^{c)} Associazione PROMETEIA, Bologna, vom Juni 2002. – ^{d)} Kommission der EU, Brüssel, vom April 2002. – ^{e)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom Juli 2002. – ^{f)} Güter und Dienstleistungen. – ^{g)} In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

auftrieb bleibt mäßig. Die Leistungsbilanz dürfte etwa ausgeglichen schließen.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen erhöht sich um etwa 6%, also neuerlich etwas langsamer als der Welthandel. Anregend wirkt die gegenüber 2002 stärkere weltwirtschaftliche Expansion. Allerdings verliert diese in den meisten westlichen Industrieländern allmählich an Schwung infolge der nun nicht mehr stimulierenden Wirtschaftspolitik. Beim Absatz in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern des Dollar-Raumes bremst zudem die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zunehmend. Der hiervon betroffene Anteil am Export ist jedoch nicht sehr groß und zu einem erheblichen Teil preisunelastisch. Außerdem wird ein Teil des aufwertungsbedingten Nachteils durch die gleichzeitige Verbilligung von Rohstoffen, Vorprodukten, Komponenten und vor allem Energieträgern ausgeglichen. Der Absatz in Kontinentaleuropa wächst kräftig, zumal die preisliche Wettbewerbsfähigkeit annähernd konstant bleibt. Die Krise beim Autohersteller FIAT beeinträchtigt allerdings dessen Exportkraft erheblich. Überdurchschnittlich wird der Absatz in Mittel- und Osteuropa ausgeweitet (Anteil am Warenexport etwa 10%), wo italienische Firmen auch mittels Direktinvestitionen ihre Marktanteile steigern. Die **Einfuhr** dürfte nur wenig rascher als die Ausfuhr zunehmen. Trotz nochmals verbesserter Terms of Trade ist folglich mit einer ungefähr ausgeglichenen Leistungsbilanz zu rechnen.

Die Entwicklung der **Bruttoanlageinvestitionen** (rund + 4%) wird durch »Tremonti Bis« verzerrt und entspricht nicht der konjunkturellen Grundtendenz. Zwar läuft die Investitionsförderung Ende 2002 aus. Aber die Realisierung der noch 2002 bestellten Investitionen wird erst nach den ersten Monaten 2003 habgeschlossen sein. Da es hierbei erfahrungsgemäß zu beträchtlichen Vorzieheffekten kommt, ist anschließend mit einem deutlichen Abflauen der Investitionskonjunktur, wenn auch nicht mit einem Einbruch zu rechnen. Denn die Kapazitätsreserven werden dann ausreichend sein, und die Absatz- und Ertragserwartungen trüben sich auch angesichts der etwas verlangsamten Weltkonjunktur leicht ein. Die Ausrüstungsinvestitionen werden in erster Linie der Rationalisierung und dem Ersatz veralteter Anlagen dienen, um die preisliche Konkurrenzfähigkeit zu halten und Produktinnovationen durchzuführen. Die Bauinvestitionen werden von anlaufenden neuen Großprojekten der öffentlichen Hand stimuliert. Beim gewerblichen Bau sowie beim Wohnungsbau wird die Entwicklung ebenfalls durch »Tremonti Bis« verzerrt. Die Bauinvestitionen expandieren mit reichlich 2% vermutlich kaum stärker als 2002. Der **private Konsum** dürfte um ca. 2¹/₄% expandieren und damit die Konjunktur kräftig stützen. Anregend wirken die

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

etwas rascher als im Vorjahr steigenden Reallöhne und die lebhafter zunehmende Beschäftigung. Auch ist aufgrund der im allgemeinen günstigen Wirtschaftslage mit einer stabilen oder leicht sinkenden Sparquote zu rechnen. Und schließlich gibt die Einkommensteuersenkung einen Impuls. Diese kommt nämlich nur Beziehern von Jahreseinkommen bis 25 000 € zugute, also Haushalten mit hoher marginaler Konsumquote. Allerdings wird ein Teil der Steuerentlastung durch Anhebungen von Gebühren und administrierten Preisen durch Kommunen und Provinzen kompensiert. Dauerhafte Güter werden wieder lebhafter gekauft. Das betrifft nach dem ausgeprägten Rückgang des Automobilabsatzes im Vorjahr auch Personenautos vor allem der Mittelklasse. Der **Staatsverbrauch** dürfte wieder um rund 1% ausgeweitet werden.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage spürbar. Die Beschäftigung dürfte um etwa 1% steigen. Hauptsächlich werden Teilzeitstellen im Dienstleistungsbereich geschaffen. Die Diskrepanz zwischen den Arbeitsmärkten Nord- und Südtaliens bleibt ausgeprägt, nimmt aber langsam weiter ab. Vor allem im Norden, wo fast Vollbeschäftigung herrscht, besteht vielfach Mangel an Facharbeitern. Die Arbeitslosenquote dürfte im Schnitt des Jahres auf etwa 9% sinken.

Der **Preis**auftrieb bleibt moderat und ziemlich stetig, zumal die Importpreise stabilisierend wirken und die Lohnkosten nicht durch nennenswerte Nachschlagszahlungen erhöht werden. Auch lässt die Konjunktur keine größeren Spielräume für die Aufbesserung der Gewinnmargen. Allerdings werden Gebühren und administrierte Preise verschiedentlich weiter heraufgesetzt. Die **Konsumentenpreise** dürften um ca. 2% über dem Niveau von 2002 liegen.

Abgeschlossen am 29. Juli 2002